



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beantwortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Stellungnahme zur sogenannten „Laboraffäre Schottdorf“ im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu dem öffentlich geäußerten Verdacht,

1. dass Ministerpräsident Horst Seehofer bereits 2010 von den angeblichen Missständen bei der Verfolgung verdächtiger Ärzte umfassend informiert war und die Beschwerde des LKA-Beamten nur an das Staatsministerium der Justiz weitergeleitet hatte, obwohl der Beschwerdeführer gerade dort die Ursache der Problem sah;
2. dass das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und damit die damalige Ministerin Dr. Beate Merk über die Größenordnung der betroffenen Ärzte bereits 2008 informiert war und deshalb die Antworten der Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragen des Abgeordneten Florian Streibl (Drs. 16/8832: Antwort zu Frage 4 a und b; Drs. 16/9460: Antwort zu 5.a) nicht zutreffen;
3. in Bezug auf die Auswirkungen des „Fingerzeigs“ im Schreiben des anwaltlichen Vertreters von Bernd Schottdorf, Dr. Peter Gauweiler, Staatsminister a.D. und MdB, vom 13. Januar 2010, an den Präsidenten des Bayerischen Landeskriminalamts, die Staatsanwaltschaft München I und die 7. Strafkammer des Landgerichtes München I,

umfassend zu berichten.